

1 Stellungnahme zum Landesjugendparlament

2 30. Juni 2019 | BDKJ Diözesanversammlung Aachen

3
4 Beschluss Antrag Nr. 04

5
6 Der BDKJ begrüßt ausdrücklich das Anliegen der NRW Landesregierung die Partizipation von Kindern und Jugendlichen in der aktuellen Legislaturperiode zu verstärken.

7
8
9 Im Koalitionsvertrag ist als ein Instrument die Einführung eines unabhängigen und direkt gewählten Landesjugendparlament mit Antragsrecht an den Landtag beschlossen worden.¹ Diese Form der Partizipation sehen wir sehr kritisch. Viele wichtige Fragen sind in der Öffentlichkeit noch nicht thematisiert worden. Entsprechend gilt es folgende Punkte zu klären:

14 **1. Pädagogische und Fachliche Begleitung für Nachhaltigkeit**

15 Für ein Landes-Jugendparlament, das nachhaltig und langfristig wirken soll braucht es ausreichend Begleitung. Schnell können Ideen ausgebrannt oder Jugendliche demotiviert sein, wenn sie in ihrem freizeithlichen Engagement keine Wirkung erfahren. Nicht nur die Sitzungen an sich bedürfen der Begleitung, auch Ausschüsse und Arbeitsgruppen, brauchen wiederum Begleitung. Die Kosten einer solchen Beteiligung scheinen sehr hoch. Eine schlüssige Finanzierung muss vorgelegt werden.

22 **2. Folgenlose Partizipation**

23 Auch mit der Ausstattung eines Antragsrecht, können die Entscheidungen des Landes-Jugendparlamentes im Sande verlaufen und die Partizipation bliebe weiterhin folgenlos. Kinder und Jugendliche lassen sich für Ehrenamt begeistern, wenn sie erfahren, dass ihr Engagement etwas bewirkt. Wie kann nachhaltiges Wirken also ermöglicht und gesichert werden?

28 **3. Stimmrecht im Landtag**

29 Warum dürfen Jugendliche nur einen Antrag stellen im Landtag nicht aber darüber abstimmen? Diese Trennung kennt der aktuelle Landtag nicht und entspricht nicht der üblichen Praxis. Kann ebenfalls eine verständige und nachvollziehbare Wahl- und Geschäftsordnung für Jugendliche gelingen, die Teil der parlamentarischen Kultur ist?

34 **4. Erreichbarkeit und Mobilität**

35 Wie können auch Kinder und Jugendliche an solch einem Parlament partizipieren, wenn sie aus dem ländlichen Raum kommen und vom ÖPNV abhängig sind? Was ist ein zumutbarer zeitlicher Aufwand der Anreise und Teilnahme an den Sitzungen des Landes-Jugendparlamentes teilzunehmen? Wie soll neben der Ganztagschule dieses zeitintensive Amt ausge-

¹ NRW Koalition, Koalitionsvertrag für NRW 2017–2022, S. 98.

1 übt werden? Die Lebensweltorientierung wird hierbei verfehlt. Vielmehr
2 müssen vor Ort Freiräume für non-formale Bildung geschaffen werden.

3 **5. Wahlalter und Altersstufengerechtigkeit**

4 Wer wählt ab welchem Alter, an welchem Ort? Gibt es eine Begrenzung
5 für Mitglieder und Wahlberechtigte nach unten wie nach oben? Wie sieht
6 es mit der Mündigkeit von unter 14-Jährigen aus? Wie können die unter-
7 schiedlichen Interessen und Möglichkeiten der Altersstufen bedacht wer-
8 den?

9 **6. Rückbindung und Verantwortung**

10 Wie geschieht die Rückbindung der gewählten Vertreter*innen an den ei-
11 genen „Wahlkreis“? Vor wem müssen sie sich verantworten und Rechen-
12 schaft ablegen?

13 **7. Persönlichkeitsschutz bei passivem Wahlrecht**

14 Für ein direkt gewähltes Parlament müssen die Kandidierenden Wahl-
15 kampf betreiben. Wie werden sie hierbei unabhängig von den Parteien
16 unterstützt und geschützt? Ist es z. B. legitim, wenn Plakate von Kandi-
17 dierenden in der Stadt und im Land hängen?

18 Als Dachverband der katholischen Kinder- und Jugendverbände und im Zusam-
19 menschluss im Landesjugendring mit vielen anderen Organisationen in NRW
20 verstehen wir uns als Interessensvertretung für Kinder und Jugendliche. Entspre-
21 chend bewerten wir zum jetzigen Zeitpunkt folgende Punkte bei einer mögli-
22 chen Einführung eines Landesjugendparlaments als kritisch:

23 **1. Keine neuen Zielgruppen**

24 Ein Landes-Jugendparlament ist eine hoch formalisierte Form der Kinder-
25 und Jugendarbeit. „Politik-affine“ Jugendliche haben bereits heute Zu-
26 gangs- und Partizipationsformen gefunden. Jugendliche aus einem sozial-
27 schwachen Umfeld und „politik-ferne“ Jugendliche werden sich mit einem
28 Landes-Jugendparlament kaum ansprechen lassen. Um diese Jugendliche
29 zu erreichen bedarf es niederschwelliger Angebote. Somit bliebe das Lan-
30 des-Jugendparlament vermutlich eine Versammlung der Jugendorganisa-
31 tionen der Parteien.

32 **2. Partizipation findet bereits statt, muss aber stärker wahrgenommen** 33 **werden**

34
35 Bereits heute vertreten zahlreiche Jugendliche und Jugendorganisationen
36 Ansichten zu vielfältigen Themenbereichen (z. B. zu Umwelt, Bildung und
37 Verkehr). N Bisher nehmen hauptsächlich Jugendpolitiker*Innen diese
38 Organisationen als kontinuierliche Ansprechpartner wahr. Die Politi-
39 ker*innen müssen auf die Jugend zugehen. Politiker*innen aller Ressorts
40 müssen die Ideen von Kindern und Jugendlichen wahr- und ernstnehmen.



1 **2. Doppelstrukturen sind schädlich**

2 Kinder und Jugendliche haben eine ohnehin schon schwache Lobby bei
3 uns. Weitere Doppelstrukturen zu Landesjugendring, Kinder- und Jugend-
4 rat NRW und der Landesschüler*innenvertretung sind zu vermeiden. Zu
5 viele Ansprechpartner*innen und unklare Kompetenzen schwächen die
6 Stellung von Kindern und Jugendlichen weiter.

7 **3. Ein Parlament ist kein geschützter Raum für Kinder und Jugendliche**

8 Ein Jugendverband ist ein geschützter Raum, um politische Erfahrungen
9 zu sammeln. Diesen geschützten Raum sehen wir bei einem Landes- Ju-
10 gendparlament nicht. Zudem können Kandidierende Opfer von Anfeindun-
11 gen und Mobbing werden, weil sie mit einer Kandidatur zur Person des öf-
12 fentlichen Lebens werden. Mobbing kann damit ganz neue Dimensionen
13 erreichen.

14 **4. Instrumentalisierung durch Unternehmen und Lobbyisten**

15 Ein Landes-Jugendparlament mit Antragsrecht läuft Gefahr von Unter-
16 nehmen und Wirtschaftslobbyisten instrumentalisiert zu werden. Jugend-
17 liche sind hiervor zu schützen! Diesen Schutz umfangreich zu gewährleis-
18 ten scheint nicht gegeben zu sein.

19 Bereits jetzt gibt es Formen der politischen Partizipation. Darüberhinaus gibt es
20 aus unsere Sicht Formen der Beteiligung die besser geeignet wären. Entspre-
21 chend fordern wir:

22 **1. Partizipation im bestehenden Alltag ausbauen**

23 Für den Ausbau von Partizipation ist es wichtig, dass formale und non-
24 formale Bildung besser miteinander kooperieren. Daher bedarf es der
25 Entwicklung eines schlüssigen und einheitlichen Ganztagskonzeptes, das
26 Rahmenbedingungen für eine gelungene Kooperation von Jugendverbän-
27 den und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen mit Ganztagschu-
28 len berücksichtigt.

29 **2. Jugendparlamente vor Ort stärken**

30 Jugendparlamente sind an vielen Orten bereits eingerichtet. Hier wäre
31 eher eine Stärkung erforderlich, als weitere abstrakte Ausformungen zu
32 entwickeln. Vor Ort können die Jugendlichen eigene Themen aus ihrer
33 Lebenswelt setzen und schneller die Auswirkungen ihrer Entscheidungen
34 überblicken.

35 **3. Mehr Programme wie #jungesnrw**

36 Die Aktion #jungesnrw des Landesjugendrings zeigt eindringlich wie
37 schnell und einfach mit niederschweligen Angeboten viele Jugendliche
38 erreicht werden können. Die Resonanz verdeutlicht, dass hier noch mehr
39 gefördert werden muss und so mehr Partizipation erreicht werden kann.

40 **4. Jugendlandtag aufwerten**

41 Das Format des Jugendlandtags bildet für die Jugendlichen mit Interesse
42 an Politik eine gute Möglichkeit sich in diesem Bereich auszuprobieren



1 und Erfahrungen zu sammeln. Diese Veranstaltung kann aufgewertet und
2 verbindlicher gestaltet werden.

3 **5. Wahlalter senken**

4 Wenn ein Landesjugendparlament direkt gewählt wird und aus diesem An-
5 träge an den ordentlichen Landtag stellen kann, kann das Wahlalter auch
6 direkt gesenkt werden. Diese Form von Partizipation scheint einfacher zu
7 sein.

8 **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen	28
Nein-Stimmen	1
Enthaltungen	10
Bei 1 Gegenstimme und 10 Enthaltungen ist der Antrag angenommen.	

9